



## Inhalt

dbb Regionalkonferenzen in Mainz und Hamburg

[Einkommensrunde: Bereit für die Forderungsfindung](#)

Forum Personalvertretungsrecht

[Der Personalrat: Plattform für Macherinnen und Macher](#)

50 Jahre Berufsbildungsausschuss

[Nachwuchsgewinnung: Der Staat muss seine Trümpfe ausspielen](#)

75 Jahre DBB NRW

[Bundesländer müssen in Daseinsfürsorge investieren](#)

dbb frauen

[Starke Demokratie braucht starke Frauen](#)

## Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Mecklenburg-Vorpommern

[Gesetzentwurf zur Besoldungsstruktur vorgelegt](#)

Bayern

[Angekündigter Bürokratieabbau: Wichtig für Beschäftigte und Unternehmen](#)

Baden-Württemberg

[Vorschläge zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels vorgelegt](#)

Schleswig-Holstein

[dbb sh im Austausch mit kommunalen Arbeitgebern](#)

Thüringen

[Demonstration für mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst geplant](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE) / Deutscher Philologenverband (DPPhV)

[„Deutsches Schulbarometer 2023“ veröffentlicht](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Bündnis fordert stationäre Kontrollen an der Grenze zu Polen](#)

## [Namen und Nachrichten](#)

aktuelle

Informationsdienst des dbb

## dbb Regionalkonferenzen in Mainz und Hamburg Einkommensrunde: Bereit für die Forderungsfindung

**Mit Veranstaltung in Mainz und Hamburg sind die bundesweiten dbb Regionalkonferenzen zur Einkommensrunde der Länder zu Ende gegangen.**

Am 20. September 2023 in Hamburg, wo sich Beschäftigte aus ganz Norddeutschland versammelten, hob der dbb-Bundesvorsitzender Ulrich Silberbach einmal mehr die demografischen Herausforderungen für den öffentlichen Dienst hervor: „Unsere Beschäftigten leiden unter den Auswirkungen von Personalabbau und Überalterung: Immer mehr Fachkräfte gehen in den Ruhestand oder fallen aufgrund von Burnout langfristig aus. Es gibt kaum ausgebildete Fachkräfte oder Auszubildende, um diese Lücken zu füllen.“ Gleichzeitig würden die Anforderungen an den öffentlichen Dienst wachsen. „Mit einem ‚weiter so‘ fahren wir den Karren vor die Wand. Es braucht jetzt grundlegende Veränderungen bei der Bezahlung und den Arbeitsbedingungen. Wir müssen mit aller Kraft in diese Tarifverhandlungen gehen.“

Alexander Zimbehl, Vorsitzender des Niedersächsischen Beamtenbunds (NBB) bilanzierte stellvertretend für die nördlichen Bundesländer: „Die Situation war noch nie so angespannt wie jetzt. Wir müssen das Selbstbewusstsein haben und dem Arbeitgeber klarmachen, dass es unglaublich schwer wird, Nachwuchs zu finden, wenn wir so weitermachen wie bisher. Wir müssen zeigen, dass wir die Stärke und die Kraft haben, unsere Themen gemeinsam nach vorne zu bringen.“

dbb Tarifchef Volker Geyer betonte am 21. September 2023 in Mainz gegenüber den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland, dass sie sich auf eine schwierige Einkommensrunde einstellen müssten. „Die Vertreterinnen und Vertreter der Tarifgemeinschaft deutscher Länder werden uns nichts schenken. Die rationalen Argumente, die für eine deutliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen sprechen – ich nenne nur die Stichworte hohe Arbeitsbelastung, Personalprobleme, Inflation – werden alleine nicht ausreichen, um erfolgreich zu sein“, machte Geyer deutlich. „Nur, wenn wir uns alle zusammen für ein gutes Verhandlungsergebnis einsetzen, können wir etwas erreichen. Dafür kämpfen wir in Potsdam am Verhandlungstisch und wir alle gemeinsam, wenn notwendig, auch auf der Straße.“

Lilli Lenz, Landesvorsitzende des dbb rheinland-pfalz, sicherte die Unterstützung ihrer Region zu: „Auf uns in Rheinland-Pfalz ist dabei wie immer Verlass. Wir werden uns auch diesmal wieder auf allen Ebenen aktiv einbringen – von der Forderungsdiskussion über die Verhandlungen und mögliche Aktionen bis zur Umsetzung der Ergebnisse für alle Statusgruppen. Denn für uns als Landesbünde ist die Arbeit nach den Verhandlungen in Potsdam noch längst nicht getan.“ Ewald Linn, Landesvorsitzender des dbb saar, sagte. „Wir fordern unsere Landesregierungen auf, alle Ergebnisse im Anschluss auf die Beamtinnen und Beamten und die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen. Und das in jedem Land.“ Es bringe nichts, wenn sich die Länder beim Wettbewerb um den Nachwuchs gegenseitig Konkurrenz machen: „Dann verlieren letztendlich alle.“

Volker Geyer zog eine positive Bilanz der dbb Regionalkonferenzen: „Dieses neue Format hat sich als äußerst effektiv erwiesen. Der Austausch zwischen uns und den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie zwischen ihnen untereinander hat uns vielfältige Perspektiven aufgezeigt, mit denen wir nun in die Forderungsfindung gehen können.“ Der Erfolg der Regionalkonferenzen sei in erster Linie der regen Beteiligung der Gewerkschaften und Landesbünde zu verdanken, die überall mit großem Engagement daran teilgenommen haben.

### Hintergrund

Die endgültigen Forderungen des dbb für die Einkommensrunde werden am 11. Oktober in Berlin beschlossen. Es sind drei Verhandlungsrunden für den 26. Oktober, den 2. bis 3. November sowie den 7. bis 9. Dezember vereinbart. Betroffen sind etwa 3,5 Millionen Beschäftigte: Direkt ca. 1,1 Millionen Tarifbeschäftigte der Bundesländer (außer Hessen), indirekt ca. 1,4 Millionen Beamtinnen und Beamte der entsprechenden Länder und Kommunen sowie rund eine Million Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger. Alle Informationen zur Einkommensrunde gibt es unter [dbb.de/einkommensrunde](https://www.dbb.de/einkommensrunde).

## Forum Personalvertretungsrecht Der Personalrat: Plattform für Macherinnen und Macher

**Zum Auftakt des 14. Forums Personalvertretungsrecht hat der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach den besonderen Stellenwert der Mitbestimmung hervorgehoben.**

„Die Personalvertretungen nehmen eine vermittelnde und befriedende Rolle zwischen Dienststelle und Beschäftigten ein. Damit sie diese Rolle auch in einer sich rasant wandelnden Arbeitswelt ausfüllen können, brauchen Personalräte angemessene Arbeitsbedingungen und Befugnisse. Die im Jahr 2021 erfolgte Novellierung des Bundespersonalvertretungsgesetzes (BPersVG) kann aus unserer Sicht nur ein erster Einstieg zur weiteren Optimierung der gesetzlichen Rahmenbedingungen darstellen“, betonte dbb Chef Ulrich Silberbach beim Auftakt des zweitägigen Forums Personalvertretungsrecht in Berlin am 18. September 2023. Die Fachveranstaltung findet dieses Jahr unter dem Motto „Engagement im Personalrat – nur für IdealistInnen oder Plattform für MacherInnen?“ statt.

Silberbach kritisierte, dass die weitere Reform des BPersVG trotz des offenkundigen Bedarfs derzeit nicht auf der politischen Agenda stehe. „Die Nachwuchsproblematik im öffentlichen Dienst führt auch zu einer Nachwuchsproblematik für alle Personalvertretungen. Die Bereitschaft von Beschäftigten, sich ehrenamtlich für ihre Kolleginnen und Kollegen zu engagieren, muss daher gefördert werden. Engagement in einer Personalvertretung darf gerade für freigestellte Mitglieder kein ‚Karrierekiller‘ sein. Der Einstieg in die Personalratsarbeit soll außerdem für Neueinsteiger kein Abenteuer, sondern eine planbare berufliche Entwicklungsstufe darstellen. Zur Sicherung der Akzeptanz

der Institution ‚Personalrat‘ braucht es zudem klare und transparente Regeln, gerade bei der Verhinderung von Benachteiligungen.“ Insbesondere eine diversere werdende Beschäftigtenstruktur erfordere sowohl einen Kulturwandel als auch konkrete Förderung, so Silberbach. „Als dbb begrüßen wir daher die derzeitigen Bemühungen der Bundesregierung, im Rahmen einer ganzheitlichen Diversitätsstrategie hier Zielvorgaben und Maßnahmen zu erarbeiten und die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen in diesen Prozess einzubinden.“

Der dbb Chef hob den hohen Stellenwert von Personalvertretungen darüber hinaus noch einmal grundsätzlich hervor: „Die Zufriedenheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit ihren Arbeitsbedingungen, ihrer Arbeitsmotivation und ihre Veränderungsbereitschaft waren und sind für die Leistungs- und Reformfähigkeit des öffentlichen Dienstes entscheidend. Die Personalvertretungen sind dafür unverzichtbar. Die Betreuung und Durchsetzung der Beschäftigteninteressen funktioniert aber nur, wenn es Idealistinnen und Idealisten und Macherinnen und Macher gibt. Ich danke daher allen, die sich in den Personalvertretungen für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen einsetzen, ganz herzlich für ihr Engagement.“

Einen vollständigen Bericht des 14. Forums Personalvertretungsrecht gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

## 50 Jahre Berufsbildungsausschuss Nachwuchsgewinnung: Der Staat muss seine Trümpfe ausspielen

**In seiner Festrede zum 50. Jubiläum des Berufsbildungsausschusses hat dbb Chef Ulrich Silberbach dessen Bedeutung für die Zukunft des öffentlichen Dienstes betont.**

Am 18. September 1973 hat die erste Sitzung des Berufsbildungsausschusses stattgefunden. Bis heute ist das Gremium an allen wesentlichen Fragen beteiligt, sobald es um die berufliche Bildung in der Bundesverwaltung geht. „Sie setzen sich dafür ein, dass die Ausbildung im öffentlichen Dienst aktuell und attraktiv bleibt, und das inzwischen seit fünf Jahrzehn-

ten. Im Namen des dbb gratuliere ich allen Beteiligten herzlich zum Jubiläum“, sagte der dbb Bundesvorsitzende am 18. September 2023 auf der Jubiläumsfeier „50 Jahre Berufsbildungsausschuss“ in Berlin. „Ihre Arbeit und Ihr Engagement sind für die Zukunft des öffentlichen Dienstes von enormer Bedeutung.“

Silberbach wies auf den aktuell gravierenden Fachkräftemangel im öffentlichen Dienst hin: „Um die Aktualität der Ausbildung sicherzustellen, brauchen wir Weitsicht. Unter anderem die Digitalisierung verstärkt den Anpassungsdruck um ein Vielfaches. Das Ausbildungssystem muss diesen Wandel berücksichtigen – denn nur so bleibt es attraktiv. Und Attraktivität brauchen wir, um junge Menschen als Nachwuchskräfte zu gewinnen. Der Staat muss seine Trümpfe ausspielen: flexible Arbeitszeitmodelle, die Sicherheit des Arbeitsplatzes, die

breite Aufgabenvielfalt. Es braucht überzeugende Argumente und ein stimmiges Gesamtpaket, um junge Menschen für eine Ausbildung im öffentlichen Dienst zu begeistern.“

Hintergrund: Der Berufsbildungsausschuss beim Bundesverwaltungsamt ist für die berufliche Bildung in 17 Bundesressorts sowie im Bundestag und im Sekretariat des Bundesrates verantwortlich.

## 75 Jahre DBB NRW

### Bundeländer müssen in Daseinsfürsorge investieren

**Der öffentliche Dienst auf Länderebene ist für das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat elementar. Darauf hat dbb Chef Ulrich Silberbach hingewiesen.**

„Die Länder spielen in der föderalen Ordnung der Bundesrepublik eine herausragende Rolle. Das gilt auch für die Daseinsfürsorge, denn hier liegt die Verantwortung beispielsweise für Bildung und Sicherheit. Deshalb sind Investitionen in den öffentlichen Dienst der Länder unerlässlich. Wenn elementare Einrichtungen wie etwa Schule oder Polizei kaputtgespart werden, wird das ohnehin schrumpfende Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Leistungsfähigkeit des Staates weiter erodieren. Das muss verhindert werden“, stellte der dbb Bundesvorsitzende am 19. September 2023 in Düsseldorf bei der Feier zum 75-jährigen Bestehen des DBB NRW klar.

Eine gute Gelegenheit für die Stärkung des Landesdienstes sei die Einkommensrunde im Herbst, betonte Silberbach: „Auch, wenn wir unsere endgültigen Forderungen erst im Oktober beschließen: Schon jetzt ist klar, dass wir deutliche Einkommenserhöhungen brauchen.“

Das werden wir der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, in der auch Nordrhein-Westfalen Mitglied ist, deutlich machen. Und wir werden den dbb Landesbund wie immer tatkräftig dabei unterstützen, im Anschluss an die Tarifverhandlungen auch die Leistung der Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger entsprechend zu würdigen.“

Der dbb Landesbund (DBB NRW) wurde 1948 gegründet. Der dbb Bundesvorsitzende sagte anlässlich des Jubiläums: „75 Jahre Gewerkschaftsarbeit mit all ihren Höhen und Tiefen – das verlangt viel Kraft, Zeit und Ausdauer. Dieses Engagement verdient Respekt und Anerkennung. In dieser Zeit habt ihr viel für die Kolleginnen und Kollegen erreicht und immer wieder bewiesen, dass sich die Menschen auf euch verlassen können, auch in Krisenzeiten. Diese Arbeit möchten wir gerne alle gemeinsam fortsetzen – die nächsten 75 Jahre und darüber hinaus.“

## dbb frauen

### Starke Demokratie braucht starke Frauen

**Die Hälfte der deutschen Bevölkerung ist weiblich, aber nur ein Drittel der Abgeordneten im Bundestag. Wie können Parteien die Beteiligung von Frauen an der Demokratie steigern?**

„Es kann nicht sein, dass Frauen immer noch weniger Möglichkeiten als ihre männlichen Parteikollegen haben, den Bund, die Länder oder die Kommunen mitzugestalten“, sagt Milanie Kreuzt, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, anlässlich des Internationalen Tags

der Demokratie am 15. September 2023. „Demokratie heißt, dass alle die Möglichkeit der politischen Mitgestaltung haben. Wenn aber die Hälfte der Bevölkerung bei der Mitgestaltung auf den entscheidenden Ebenen unterrepräsentiert ist, ist das kein tragbarer Zustand.“

Eine starke Demokratie braucht starke Frauen.“

„Von der Nominierung bis zur tatsächlichen Ausübung eines politischen Mandates sind die Rahmenbedingung für Frauen und alle, die Care-Arbeit leisten, extrem schwierig“, erklärt Kreuz. „Die festgefahrene, männlich geprägte politische Kultur erschwert die politische Partizipation von Frauen. Wir brauchen von allen Parteien Maßnahmen, die die politische Arbeit für Frauen attraktiver gestalten.“ Einige Parteien haben bereits eine Willkommens- und Förderkultur für Frauen aufgebaut – teils mit großem Erfolg. Für die Zukunft fordert Kreuz aber mehr Engagement, insbesondere von den männlichen Parteikollegen: „Um die Veränderungen in den Parteikulturen zu bewirken, müssen auch die Männer am selben Strang ziehen. Das wird nicht einfach, da Männer vom Status quo profitieren.“

Kreuz sieht verschiedene Steuergrößen: „Mentoring-Angebote müssen ausgebaut und bekannter gemacht werden. Parteien sollen die Möglichkeit bieten, sich nach Schwangerschaft, Mutterschutz oder Elternzeit schnell wieder eingliedern zu können. Digitale Formate ermöglichen Frauen, sich auch in Phasen der sogenannten „Rush Hour des Lebens“ politisch zu beteiligen. Für die Parität brauchen wir gesetzliche Regelungen, um die Lücke zwischen Demografie und Repräsentation zu überwinden.“

Hintergrund

Der Internationale Tag der Demokratie wurde von den Vereinten Nationen 2007 ins Leben gerufen und findet jedes Jahr am 15. September statt. Er soll auf die Funktionen der Demokratie und ihre Herausforderungen aufmerksam machen und für mehr politische Partizipation werben.

## ***Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften***

Mecklenburg-Vorpommern

### **Gesetzentwurf zur Besoldungsstruktur vorgelegt**

**Am 18. September 2023 hat die Landesregierung im Rahmen einer verbundenen Verbands- und Ressortanhörung den gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen den Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung der Besoldungsstrukturen und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften vorgelegt. Der dbb Landesbund Mecklenburg-Vorpommern betonte, dass die Reform unabhängig von der anstehenden Einkommensrunde gesehen werden müsse.**

„Nach fast einjährigen Verhandlungen im sogenannten Besoldungsdialog zur Umsetzung der jüngsten Urteile des Bundesverfassungsgerichts aus Karlsruhe konnten wir uns mit dem Finanzministerium und in Teilen auch mit der Staatskanzlei auf den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf verständigen“, sagte der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht in Schwerin. „Wir haben nun bis Ende Oktober Zeit, ihn in unseren Gremien zu beraten und zu bewerten. Dem dbb war es in den Gesprächen immer wichtig, die Besoldungsstruktur von der anstehenden Einkommensrunde zu entkoppeln, so dass jetzt zunächst versucht wird, eine verfassungsgemäße Alimentation und darüber hinaus attraktivitätssteigernde Regelungen zu installieren, bevor die Tarifrunde mit der TdL und die Übertragung des Ergebnisses auf den Beamtenbereich in Angriff genommen wird.“

Wesentliche Inhalte des Besoldungsdialogs und damit auch des Gesetzentwurfs sind:

- die jeweils ersten Erfahrungsstufen der A-Besoldung sowie der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 werden um 3 Prozent erhöht, die jeweils zweiten Erfahrungsstufen um 2 Prozent, alle anderen Erfahrungsstufen steigen um 1 Prozent, mit dementsprechenden Auswirkungen auch auf die Versorgung
- die Prozentsätze der jährlichen Sonderzahlung werden auf 40 Prozent in A 1 bis A 9, 35 Prozent in A 10 bis A 12 und 30 Prozent ab A 13 erhöht, das gilt auch für die Versorgung
- der Kinderzuschlag wird auf 175 Euro je Kind erhöht; A 4 zuzüglich 60 Euro, A 5 55 Euro und A 6 40 Euro

- es wird ein einheitlicher Betrag für das dritte und weitere Kinder geschaffen, die bisherige Regelung per Erlass entfällt

- der Sonderbetrag der Sonderzahlung wird von 25,56 Euro je Kind auf 300 Euro je Kind erhöht.

Die vorstehenden Regelungen treten rückwirkend zum 1. Januar 2023 in Kraft.

„Ob die Betroffenen noch in diesem Jahr einen Antrag auf amtsangemessene Alimentation stellen sollen, wird Gegenstand der Beratungen in unseren Gremien sein. Im Übrigen hat

die Landesregierung im zurückliegenden Besoldungsdialog immer wieder betont, dass sie sich dem Koalitionsvertrag verpflichtet fühlt, wonach künftige Tarifabschlüsse mit der TdL zeit- und wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes und der Kommunen übertragen werden sollen. Deshalb ist es für uns und unsere Mitglieder, egal ob Beamte oder Tarifbeschäftigte, wichtig, in der anstehenden Tarifrunde mit Druck auf der Straße für einen akzeptablen Tarifabschluss zu kämpfen, der auch die anhaltend hohe Inflationsrate berücksichtigt“, so Knecht.

## Bayern

### **Angekündigter Bürokratieabbau: Wichtig für Beschäftigte und Unternehmen**

**Ministerpräsident Markus Söder hat einen Plan für Bürokratieabbau vorgestellt. Der Bayerische Beamtenbund (BBB) begrüßt die Initiative und mahnt eine enge Abstimmung mit der Verwaltung an.**

„Wir sind immer für Bürokratieabbau“, so der BBB Vorsitzende Rainer Nachtigall. Verminderte Bürokratie diene nicht nur dem Wirtschaftsstandort Bayern, sondern reduziere auch die Belastung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. „Momentan sind die Ankündigungen noch sehr allgemein gehalten“, stellt Nachtigall fest. „Um effiziente Ergebnisse zu erzielen, brauchen wir einen engen Dialog mit der Verwaltung. Wir stehen zur Verfügung!“

Die Ankündigungen werfen aber schon jetzt diverse Fragen auf, so der BBB Chef. Verwaltungsvorschriften regeln häufig die konkrete Umsetzung von Gesetzen. „Sollen dann künftig Gesetze ausführlicher werden?“, fragt Nachtigall. Insgesamt sehe er es als erstrebenswert

an, Gesetze einer „Bewährungsprobe“ zu unterziehen. Die angedachte „Paragraphenbremse“ stelle ein hochgestecktes Ziel dar. „Das alles wird nur umsetzbar, wenn wir den intensiven Dialog mit denjenigen suchen, die mit dem tagtäglichen Umsetzungsgeschäft befasst sind“, so Nachtigall.

In einem ersten Schritt würden die Pläne zudem eine deutliche Mehrbelastung für die Verwaltung bringen, die neben der Erfüllung aktueller Aufgaben eingeplant werden müsse, warnte der BBB Vorsitzende. Auf der anderen Seite bringe der Verzicht auf Auflagen auch eine gewisse Entlastung. „Wenn dieses Projekt erfolgreich und umfassend umgesetzt werden soll, brauchen wir einen Pakt mit den Beschäftigten vor Ort“, so Nachtigall.

## Baden-Württemberg

### **Vorschläge zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels vorgelegt**

**Der BBW – Beamtenbund Tarifunion hat die Landesregierung aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um dem Lehrkräftemangel wirksam zu begegnen.**

Maßnahmen wie die Rückholaktion pensionierter Lehrkräfte, die Motivation von Teilzeitkräften zur Mehrarbeit oder das geplante Pilotprojekt „Duales Lehramtsstudium“ reichten nicht aus. Entscheidungen zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs unter Finanzierungsvorbehalt zu stellen, sei das falsche Signal, sagte

BBW Chef Kai Rosenberger am 13. September 2023 und forderte Taten von der Landesregierung: Die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten sei dabei nur ein Baustein im Maßnahmenkatalog seiner Organisation.

So müsse vor dem Hintergrund der kontinuierlich wachsenden Zahl geflüchteter Schülerinnen und Schüler auch umgehend die Möglichkeit zur Einstellung vollausgebildeter ausländischer Lehrkräfte geschaffen werden, betonte der BBW-Vorsitzende.

Zugleich erinnerte er daran, dass Lehrkräfte ohnehin durch freiwillige Mehrarbeit dort unterstützen, wo ein Mangel besteht. Dies belegten die vielen Mehrarbeitsstunden, die Lehrerinnen und Lehrer seit Jahren ansammelten. Mit der längst überfälligen Einführung von Lebensar-

beitszeitkonten könnte endlich das hohe Deputat gesenkt und ein rechtlicher Rahmen für freiwillige Mehrarbeit geschaffen werden.

Notwendig seien zudem verbesserte Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer, angemessene Gehälter und ein Bündel weiterer Maßnahmen für mehr Wertschätzung des vorhandenen Personals und um nachhaltig die Attraktivität des Lehrerberufs zu stärken. Einen entsprechenden Maßnahmenkatalog hat die BBW-Kommission Bildung und Wissenschaft (KBW) erarbeitet. Ausführliche Informationen dazu gibt es auf [bbw.dbb.de](http://bbw.dbb.de).

## Schleswig-Holstein

### dbb sh im Austausch mit kommunalen Arbeitgebern

**„Eine wichtige Leistungsmotivation kann auch in leistungsorientierten Bezahlungselementen liegen, wenn Transparenz und Akzeptanz gewährleistet sind.“ Dieser gemeinsame Nenner wurde in einem Austausch zwischen dem neuen Geschäftsführer des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein (KAV SH), Jan Jacobsen, und dem dbb Landesbundvorsitzenden Kai Tellkamp deutlich.**

Thema des Gesprächs war auch der Tarifabschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen, der nach den abgabefreien Inflationsausgleichsprämien in Höhe von insgesamt 3.000 Euro ab März nächsten Jahres außerdem seine tabellenwirksame Komponente entfaltet: nicht zuletzt aufgrund der Inflation weist diese ein hohes Volumen (Zuwachs zwischen gut 8 und 16 Prozent) auf. Dennoch wird der Fachkräftemangel ein zentrales Thema bleiben, hieß es vom dbb sh. Über die tarifpolitischen Antworten werde weiter hart gerungen werden müssen.

Beide Gesprächspartner bedauern zudem die zunehmende Unübersichtlichkeit und Zersplitterung des öffentlichen Tarifrechts. Einen „BAT 2.0.“ sollte es nicht geben. Mit Blick auf die im Herbst anstehende Tarifrunde für die Länder sieht der dbb sh auch die unterschiedlichen Tariftische (einerseits für Bund und Kommunen, andererseits für die Länder) als wenig hilfreich an – auch unter Marketinggesichtspunkten. Diesbezüglich regt Jacobsen ergänzend an, die tarifvertraglichen Vorteile der Beschäftigungsverhältnisse stärker in den Vordergrund zu stellen. Was im öffentlichen Dienst häufig

als „normal“ angesehen wird, sei in Teilen der Privatwirtschaft keine Selbstverständlichkeit. Gleiches würde für flexible Arbeitszeitmodelle gelten. Laut Tellkamp darf aber nicht ignoriert werden, dass es auch etliche Beispiele gibt, in denen die Privatwirtschaft dem öffentlichen Dienst in Sachen Arbeitszeit und Bezahlung klar den Rang abläuft: „Mit Blick auf die Bedeutung öffentlicher Dienstleistungen dürfen öffentliche Arbeitgeber bei der Stellenbesetzung nicht zweiter Sieger sein!“ Hierfür bedürfe es aber einer Gesamtbetrachtung. „Den Schwerpunkt auf einzelne Bereiche zu legen spiegelt die Wirklichkeit der Beschäftigungsverhältnisse nicht wider“, so Jacobsen.

Der dbb sh wies auf eine weitere Problematik hin: der Verzicht auf tarifvertraglich eigentlich geregelte Qualifikationserfordernisse, insbesondere bezüglich der Angestelltenlehrgänge I und II. Ohne diese Qualifikation besteht die Gefahr, dass betroffene Beschäftigte in ihrer weiteren Entwicklung ausgebremst werden – insbesondere, wenn sie sich für Stellen interessieren, deren Anforderungsprofile die entsprechende Weiterbildung vorsehen.

## Thüringen

### Demonstration für mehr Wertschätzung für den öffentlichen Dienst geplant

**Der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen ruft gemeinsam mit seinen Fachgewerkschaften für den 18. November 2023 zu einer Demonstration für den öffentlichen Dienst auf.**

Schleppende Digitalisierung, ein zunehmender Fachkräftemangel und die Herausforderungen des demografischen Wandels: Diese und zahlreiche weitere Probleme im öffentlichen Dienst seien nicht neu, sondern beschäftigten die Verbände und Gewerkschaften schon seit Jahren. Teilweise über Jahrzehnte sei der Staat und die Verwaltung zusammengespart worden.

Deshalb wolle man für bessere Bedingungen auch auf die Straße gehen, Flagge zeigen und vom Landtag zur Staatskanzlei laufen. Dabei werde eine symbolische Suppe, die „wir schon seit Jahren auslöffeln müssen“, an alle Teilnehmer ausgegeben, hieß es am 18. September 2023 vom tbb. Weitere Informationen gibt es unter [thueringer-beamtenbund.de](https://thueringer-beamtenbund.de).

## Verband Bildung und Erziehung (VBE) / Deutscher Philologenverband (DPHV) „Deutsches Schulbarometer 2023“ veröffentlicht

**Der VBE Bundesvorsitzende Gerhard Brand und die DPhV Bundesvorsitzende Susanne Lin-Klitzing haben am 20. September 2023 die Ergebnisse des „Deutschen Schulbarometers 2023“ kommentiert.**

Die größten Herausforderungen aus Sicht der im „Deutschen Schulbarometer“ befragten Lehrkräfte seien, insbesondere nach Corona, das Verhalten der Schülerinnen und Schüler (34%), die eigene Arbeitsbelastung (31%), der Lehrkräftemangel (21%), die Bildungspolitik und Bürokratie (18%) sowie die Eltern der Schülerinnen und Schüler (17%). In der Umfrage gab ein großer Anteil der befragten Lehrkräfte in Teilzeit auf eine diesbezügliche Frage an, sich eine Aufstockung vorstellen zu können, wenn das Deputatsmodell zugunsten eines Arbeitszeitmodells geändert würde, in welchem nicht-unterrichtsbezogene Tätigkeiten des Lehrberufs neu erfasst und konkret zeitlich definiert würden. DPhV Chefin Lin-Klitzing stellte klar: „Die Fragestellung im Deutschen Schulbarometer ‚Wenn das sogenannte Deputatsmodell zu einem Arbeitszeitmodell geändert wird, in dem auch nicht-unterrichtsbezogene Tätigkeiten des Lehrberufs erfasst und zeitlich definiert werden‘ unterstellt positiv, dass die Verrechnung der vielen Tätigkeiten neben dem Unterricht die Politik automatisch dazu führt, die erfassten unterrichtsbezogenen und nicht-unterrichtsbezogenen Tätigkeiten adäquat in einem Arbeitszeitmodell so zu verrechnen, dass daraus endlich ersehnte Entlastungen resultieren und man deshalb die Teilzeittätigkeit auch wieder aufstocken könne. Die mit dem Hamburger Arbeitszeitmodell bereits gesammelten Erfahrungen der Lehrkräfte deuten eher auf das Gegenteil hin. Trotz oder gerade wegen des umgesetzten Arbeitszeitmo-

dells für Lehrkräfte anstelle des Deputatsmodells finden wir in Hamburg nicht den höchsten Anteil an Vollzeitbeschäftigten, sondern an Teilzeitbeschäftigten. Wir nehmen an, dass die Verrechnungsfaktoren für alle Lehrertätigkeiten in einem Arbeitszeitmodell politisch und nicht an der Wissenschaft orientiert gesetzt werden. In Zeiten des Lehrkräftemangels gehen wir weiterhin davon aus, dass die Umsetzung eines Arbeitszeitmodells deshalb eher weniger zu einer gerechten Verteilung und Entlastung führen wird. Wahrscheinlicher ist es, dass Verrechnungsfaktoren gesetzt werden, die gerade in Mangelzeiten eine höhere Unterrichtsversorgung für die Schülerinnen und Schüler erbringen sollen.“ Für die Steigerung der Attraktivität des Lehrkräfteberufs fordert der Deutsche Philologenverband unter anderem eine Verringerung der Verwaltungs- und außerunterrichtlichen Aufgaben für Lehrkräfte, die Verbesserung organisatorischer Rahmenbedingungen sowie die Gewährung und tatsächliche Umsetzung von Beförderungen.

VBE Chef Brand sagte mit Blick auf die fast zwei Drittel der Lehrkräfte in Teilzeit, die sich eine Aufstockung ihres Stundenkontingentes rein theoretisch vorstellen könnten: „Viele Schulen leiden unter dem akuten Lehrkräftemangel. Auch wenn die Politik feuchte Augen bekommen mag, wenn sie hört, dass sich viele Lehrkräfte vorstellen könnten, ihre Stundenzahl heraufzusetzen, müssen wir feststellen: Bis die Voraussetzungen dafür erreicht sind, ist es noch ein sehr weiter Weg. Es braucht mehr

Betreuungszeit für die eigenen Kinder und eine drastische Reduzierung außerunterrichtlicher Tätigkeiten. Allerdings wird hier etwas anderes sehr deutlich: Die Lehrkräfte wollen. Geben Sie ihnen endlich die Bedingungen, die dafür notwendig sind!“ Angesichts der weiteren Untersuchungsergebnisse warnte Brand außerdem: „Wir sehen in dem Umstand, dass Kinder in den Schulen von Ängsten aufgrund der finanziellen Lage ihrer Eltern geplagt sind, eine gefährliche Entwicklung. Dass ist eine Schande für ein reiches Land wie Deutschland. Besonders Kinder aus finanziell ohnehin schon stärker belasteten Familien haben unter dieser gesamtgesellschaftlichen Entwicklung sehr zu leiden, was sich direkt auf die Lernfähigkeiten der Kinder auswirkt. Immer häufiger fehlt das Geld für zentrale Dinge des Schulalltages, wie angemessene Sportkleidung, Ausflüge oder sogar das Mittagessen. Schülerinnen und Schüler gehörten bereits in Corona-Zeiten zu den Hauptleidtragenden. Dies darf sich in der Inflation nicht wiederholen. Es ist Aufgabe der Politik, hier passende Maßnahmen zu ergreifen, um betroffene Familien, aber auch Schulen in

besonders betroffenen Regionen schnell und unbürokratisch zu unterstützen. Es ist sehr erfreulich, dass wir auch Verbesserungen bei den Problemen sehen, unter denen Schülerinnen und Schüler zu leiden haben, beispielsweise im Bereich der Motivationsprobleme oder beim Schulabsentismus. Langsam kommen die Aufholprogramme nach Corona in den Schulen an. Aber auch wenn es hier eine teils sehr positive Entwicklung gibt, bedeutet dies nicht, dass wir das Ziel schon erreicht haben. Es braucht an dieser Stelle weiterhin die Unterstützung des Bundes. Dies gilt auch für den Einsatz multiprofessioneller Teams, um die vielfältigen psychischen Belastungen der Schülerinnen und Schüler aufzufangen. Dies wird auch dadurch sichtbar, dass beispielsweise Konzentrationsprobleme unverändert hoch auftreten. Der eingeschlagene Weg, hier über passgenaue Programme wie Aufholen nach Corona, weist in die richtige Richtung. Er muss aber auch konsequent zu Ende gegangen werden. Andernfalls bleiben viele psychisch belasteten Schülerinnen und Schüler abgehängt.“

## Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Bündnis fordert stationäre Kontrollen an der Grenze zu Polen

**Der Chef der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft und dbb Vize Heiko Teggatz hat gemeinsam mit den brandenburgischen Landesbünden der DPoIG und des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK) auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, stationäre Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen einzuführen.**

„Die Sicherheit und Stabilität unseres Landes stehen an oberster Stelle, und es ist die Pflicht der Bundesinnenministerin, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um diese Sicherheit zu gewährleisten. Obwohl in den letzten Monaten eine besorgniserregende Zunahme um ein Vielfaches mehr grenzüberschreitender Kriminalität und illegaler Aktivitäten an der Brandenburgischen Grenze zu Polen im Vergleich zum Vorjahr registriert wurden, bleibt die Bundesinnenministerin weiterhin tatenlos. Wir begrüßen daher ausdrücklich den Vorstoß des Brandenburgischen Innenministers, vorübergehend Kräfte der Landespolizei ins grenznahe Gebiet zu entsenden, um im Rahmen der Schleierfahndung verstärkt gegen illegale Grenzübertritte vorzugehen. Den perfiden Machenschaften der immer skrupelloser auftretenden Menschenhändler, aber auch den anderen Akteuren der Organisierten Kriminalität sowie Schmuggelaktivitäten und illegaler Migration können wir so entschieden entgegentreten“,

hieß es in der gemeinsamen Erklärung am 19. September 2023.

Es gehe bei der zeitweisen Einführung von Grenzkontrollen an der Grenze zu Polen und Tschechien nicht darum, die Anzahl von Flüchtlingen zu reduzieren, wie es eine andere Gewerkschaft schlechthin behauptete. Denn Menschen, die aufgrund von Krieg und humanitären Katastrophen in Deutschland um Asyl bitten, würden auch bei der zeitweisen Einführung von Grenzkontrollen wie gewohnt einreisen können. Stationäre Grenzkontrollen zielten vielmehr darauf ab, zeitweise alle Eintritte ins bundesdeutsche Gebiet kontrolliert und systematisch zu erfassen und so „endlich Ordnung in das Chaos zu bringen“.

Weiter teilten die Beteiligten mit: „Dass dies dringend geboten ist, zeigt das zusehends unverschämte Auftreten unter anderem von Menschenschmugglern, die immer häufiger die

Anhaltezeichen der Polizei ignorieren und versuchen, sich mit überhöhter Geschwindigkeit den Kontrollen zu entziehen, während sich in den Autos, in denen teilweise sogar die Sitze entfernt werden, viel zu viele Menschen teils im Kofferraum, auf Ladeflächen oder Scharten im Fußraum sprichwörtlich stapeln. Das Vorgehen dieser Kriminellen ist menschenverachtend und muss dringend systematisch bekämpft werden. Und dazu werden stationäre Grenzkontrollen ihren Beitrag leisten. Dies zeigt sich nicht zuletzt an der Grenze zwischen Österreich und Bayern, denn hier hat die Bundesinnenministerin ein entsprechendes Mandat erteilt. Es ist davon auszugehen, dass die Kriminalität an der brandenburgischen Grenze auch aufgrund der Verlagerung weg von der bayerisch-österreichischen Grenze weiter steigt.“

Die Polizei arbeite derzeit am Limit. „Und trotzdem müssen wir feststellen, dass unsere Ressourcen und Bemühungen angesichts der feh-

lenden Unterstützung durch die Bundesinnenministerin oft an ihre Grenzen stoßen. Was wir brauchen sind grenzbehördliche Befugnisse, die zeitweise Wiedereinführung von Grenzkontrollen an der Brandenburgischen Grenze zu Polen und ausreichend Kräfte für die sowohl die Kriminal- als auch die Schutzpolizei. Es bringt nämlich nichts, wenn Kriminelle an den Grenzen zwar dingfest gemacht werden, am Ende aber keine ausreichenden Kräfte bei der Kriminalpolizei und den Ermittlungsdiensten bereitstehen, die dann auch in den Strafverfahren ermitteln können.“

Die Initiatoren seien sich bewusst, dass die Einführung stationärer Grenzkontrollen Fragen der Freizügigkeit und wirtschaftlicher Interessen aufwerfe. „Dennoch sind wir überzeugt, dass diese vorübergehende Maßnahme notwendig ist, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten und die Kriminalität an der Grenze zu Polen effektiv zu bekämpfen.“

## ***Namen und Nachrichten***

Für Tarifbeschäftigte im Freistaat Bayern haben der **dbb** und das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat den „TV-Fahrradleasing“ vereinbart. Der Tarifvertrag sieht vor, dass die Beschäftigten Entgeltumwandlung durch Fahrradleasing machen können. Damit ist der Gleichklang der Statusgruppen in Bayern beim Thema Fahrradleasing erreicht. Das Bayerische Besoldungsgesetz sieht dies für Beamtinnen und Beamte des Freistaats Bayern bereits vor. Der „TV-Fahrradleasing“ sieht vor, dass die Beschäftigten Entgeltumwandlung durch Fahrradleasing machen können, deren Arbeitsverhältnis vertragsgemäß noch mindestens drei Jahre andauert. Der Arbeitgeber muss dies anbieten, die Inanspruchnahme durch die Beschäftigten ist freiwillig. Der umgewandelte Betrag muss mindestens 750 Euro betragen und ist auf 7.000 Euro begrenzt. Der Betrag für das Fahrradleasing schmälert nicht die Zusatzversorgung. Zusätzlich hat der dbb erreicht, dass die Arbeitszeit der Tarifbeschäftigten verkürzt wird. Ab dem 1. November 2023 verzichtet der Arbeitgeber bei den Beschäftigten, die derzeit 40 Stunden und 6 Minuten wöchentlich arbeiten, auf 6 Minuten Wochenarbeitszeit. Bei Teilzeitbeschäftigten

wird dies entsprechend umgerechnet. Der dbb Verhandlungsführer Volker Geyer erklärte am 15. September 2023: „Mit diesem Abschluss haben wir eine Ungleichbehandlung von Tarifbeschäftigten und Beamten beseitigt und dem vielfachen Wunsch nach Ermöglichung des Fahrradleasings Rechnung getragen. Für uns als dbb war außerdem besonders wichtig, dass die Beschäftigten das Fahrradleasing nicht ohne Kompensation allein finanzieren. Das ist uns durch die Verkürzung der Arbeitszeit gelungen.“

Am 11. September 2023 hat der **dbb** die Verhandlungen über den „TV Altersteilzeit“ sowie den „TV Fahrradleasing“ mit der Autobahn GmbH weiter vorangetrieben. Kern der Verhandlungen war insbesondere die Frage, wie der Kreis der Anspruchsberechtigten sinnvoll und gerecht ausgestaltet werden kann. Der dbb hat darauf gedrungen, dass auch schwerbehinderte und leistungsgeminderte Beschäftigte vorrangig berücksichtigt werden und diese Altersteilzeitverhältnisse nicht auf die allgemeine Quote für die übrigen Beschäftigten anzurechnen. Dies ist aus Sicht des dbb im erst-

mals vorgelegten Textentwurf noch nicht ausreichend berücksichtigt. Um eine wirklich attraktive Ausgestaltung des Fahrradleasings zu gewährleisten, fordert der dbb insbesondere, dass die vom Arbeitgeber durch die Entgeltumwandlung eingesparten Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung an die Beschäftigten

zurückfließen sollen. Weiter geht es dem dbb darum, eine Kürzung der Beiträge zur Zusatzversorgung VBL im Falle der Inanspruchnahme der Entgeltumwandlung zu vermeiden. Hier erwartet der dbb noch Bewegung seitens der Arbeitgeber. Die Verhandlungen werden am 16. Oktober 2023 fortgesetzt.

#### Termine:

11. Oktober 2023

#### **Forderungsbeschluss zur Einkommensrunde der Länder**

Weitere Informationen folgen.

16.- 17. Oktober 2023

#### **3. Bundesseniorenkongress**

Weitere Informationen unter [dbb-senioren.de](https://www.dbb-senioren.de).

18. Oktober 2023

#### **32. Europäischer Abend:**

„Die große Transformation: Europäische Gesellschaft(en) im Umbruch“

Weitere Informationen und Anmeldung unter [europa-union.de](https://www.europa-union.de).

19. Oktober 2023

#### **Ideencampus 2023 der dbb jugend**

Weitere Informationen unter [dbb-jugend.de](https://www.dbb-jugend.de).